

INFO	Baden-Württemberg unterstützt den UMTS-Ausbau - Verzicht auf wirtschaftsbelastende Genehmigungsverfahren
AZ	630.84
Versandtag	26.03.2003

Die Landesregierung von Baden-Württemberg unterstützt den UMTS-Ausbau im Land durch den Verzicht auf wirtschaftsbelastende Genehmigungsverfahren. Für Mobilfunkanlagen soll zukünftig im Regelfall keine Baugenehmigung mehr erforderlich sein. "Wir wollen mit dieser Maßnahme die Barrieren für eine Zukunftstechnologie abbauen und die Initiative der Landesregierung zum Abbau von Bürokratie voranbringen", betonten Medienminister Christoph Palmer und Wirtschaftsminister Walter Döring am Donnerstag (20. März 2003) in Stuttgart.

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg sei die Errichtung von Mobilfunkanlagen auf Wohngebäuden derzeit im Hinblick auf deren gewerblichen Nutzung baugenehmigungspflichtig, so die Minister weiter. Daher müssten die Mobilfunkunternehmen in der Regel ein kostenträchtiges Genehmigungsverfahren betreiben, das auch zu zeitlichen Verzögerungen der Projekte führt. Das Baurecht dürfe in Baden-Württemberg jedoch kein Hemmnis für den notwendigen Ausbau der UMTS-Technologie sein. "Daher wollen wir - wie in Bayern - in der Landesbauordnung Antennenanlagen bis 10 m Höhe als verfahrensfreie Vorhaben definieren, so dass keine Baugenehmigung mehr von den Unternehmen beantragt werden muss", sagten die Minister Palmer und Döring.

Der Städtetag und der Gemeindetag Baden-Württemberg hätten im Vorfeld das Vorhaben der Landesregierung begrüßt, so dass nach Auffassung der Minister die notwendige Änderung der Landesbauordnung auch auf kommunaler Ebene auf Akzeptanz stoßen werde.

"Wir machen ernst mit der Deregulierung. Dies ist im Interesse des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig. Die Landesregierung unterstützt hierdurch die Bemühungen der UMTS-Netzbetreiber, in Baden-Württemberg eine zügige und flächendeckende Versorgung mit der neuen Kommunikationstechnologie sicherzustellen" betonten Minister Palmer und Minister Döring abschließend.

Quelle: PM des Staatsministerium vom 20.3.2003